Dienstag, 21. Januar 2020, Isar-Loisachbote / Lokalteil

Extrageld für Rathausmitarbeiter

Stadtrat beschließt Großraumzulage – 450 000 Euro zusätzliche Personalkosten pro Jahr

VON CARL-CHRISTIAN EICK

Wolfratshausen – Unternehmer buhlen um die besten Köpfe, und auch vor dem öffentlichen Dienst macht der Fachkräftemangel nicht halt. Die Stadt gewährt ihren Angestellten vor diesem Hintergrund rückwirkend zum 1. Januar eine Großraumzulage, das heißt, es gibt Extrageld. Diese Entscheidung fällte der Stadtrat in seiner jüngsten Sitzung mit 25:0 Stimmen.

Geeignetes Personal zu finden ist für die Kommune in den vergangenen Jahren „immer schwieriger geworden“, sagte Bürgermeister Klaus Heilinglechner (BVW). Für manche Stellenangebote interessiere sich nicht ein einziger Bewerber. „Ein großer Nachteil war bislang vor allem, dass im Verdichtungsraum München, der die Landeshauptstadt München und die Region München umfasst, die Ballungsraumzulage weiterhin gezahlt wurde“, erläuterte Heilinglechner den Stadträten – die Zulage im Landkreis sei dagegen abgeschafft worden. Der Kommunale Arbeitgeberverband (KAV) habe diese Ungleichbehandlung nun korrigiert: Die Kommunen im Speckgürtel Münchens dürfen eine Großraumzulage auf die Bezüge ihrer Angestellten oben drauf legen. Ein Argument, das mit ausschlagend für die Neuregelung war: „Hier bei uns im S-Bahn-Bereich haben die Lebenshaltungskosten, vor allem die Mieten, Münchner Niveau erreicht“, erklärte der Rathauschef.

Laut Stadtratsbeschluss bekommen Beschäftigte in den sogenannten Entgeltgruppen E1 bis 9c, S1 bis S15 jetzt 270 Euro brutto monatlich mehr. Städtische Angestellte (E10 bis E15) dürfen sich über ein Plus von 135 Euro brutto freuen, Auszubildende und Praktikanten über 140 Euro brutto im Monat mehr. Darüber hinaus bekommen Vollzeitbeschäftigte pro Kind 50 Euro im Monat extra.

Zunächst gelte die Regelung nur für tariflich Beschäftigte im Rathaus, betonte ihr Dienstherr. „Da zu erwarten ist, dass für die Beamten ähnliche Regelungen im Laufe des Jahres kommen werden, da die Tarifbeschlüsse meistens übernommen werden, haben wir für den Haushalt die Beträge für die Beamten mit berechnet“, so Heilinglechner weiter. Nach seinen Worten verursacht die Großraumzulage für die Angestellten Mehrkosten von knapp

367 000 Euro jährlich. Die kommunale Kinderzulage schlage laut Hochrechnung mit rund 50 000 Euro jährlich zu Buche. „Die Zulage bei den Beamten würde 37 422 Euro kosten“, kündigte der Bürgermeister an. Sein Fazit: Die Großraumzulage sei „ein wichtiges Kriterium für die Attraktivität des Arbeitgebers“.

Rathausmitarbeiter Martin Melf legte Wert auf die Feststellung, dass der Stadtratsbeschluss einen Widerrufsvorbehalt enthält. Die Zulage kann beispielsweise gestrichen werden, „wenn aufgrund der Haushaltslage die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzuführung vom Verwaltungshaushalt an den Vermögenshaushalt bei der Haushaltsplanung nicht mehr erreicht werden kann“. Diese Formulierung sei von einem Referenten der KAV empfohlen worden, sagte Melf. Und: Die Kinderzulage könnte gestrichen werden, „wenn Zuwendungen in mindestens gleicher Höhe aus anderen öffentlichen Kassen an die Beschäftigten fließen“. Dies könnte eine Kindergelderhöhung sein.

„Wir begrüßen den Vorschlag“, sagte Annette Heinloth (Grüne) vor der Abstimmung. Der Sprecher der BVW, Josef Praller, regte an, dass auch die Tochtergesellschaften der Stadt ihren Mitarbeitern eine Großraumzulage gewähren sollten: „Das wäre ein logischer Schritt.“ Summa summarum werden im Haushalt nun rund 450 000 Euro zusätzliche Personalkosten für die Rathausmitarbeiter bereitgestellt.